Makroausblick 2026

Volkswirtschaft

Jan — Feb — Mär — Apr — Mai — Jun — Jul — Aug — Sep — Okt — **Nov** — Dez

10.11.2026

BERENBERG

Wichtige Informationen und Hinweise

Bei dieser Information handelt es sich um eine Marketingmitteilung. Bei dieser Information und bei Referenzen zu Emittenten, Finanzinstrumenten oder Finanzprodukten handelt es sich nicht um eine Anlagestrategieempfehlung im Sinne des Artikels 3 Absatz 1 Nummer 34 der Verordnung (EU) Nr. 596/2014 oder um eine Anlageempfehlung im Sinne des Artikels 3 Absatz 1 Nummer 35 der Verordnung (EU) Nr. 596/2014 jeweils in Verbindung mit § 85 Absatz 1 WpHG. Als Marketingmitteilung genügt diese Information nicht allen gesetzlichen Anforderungen zur Gewährleistung der Unvoreingenommenheit von Anlageempfehlungen und Anlagestrategieempfehlungen und unterliegt keinem Verbot des Handels vor der Veröffentlichung von Anlageempfehlungen und Anlagestrategieempfehlungen. Diese Information soll Ihnen Gelegenheit geben, sich selbst ein Bild über eine Anlagemöglichkeit zu machen. Es ersetzt jedoch keine rechtliche, steuerliche oder individuelle finanzielle Beratung. Ihre Anlageziele sowie Ihre persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse wurden ebenfalls nicht berücksichtigt. Wir weisen daher ausdrücklich darauf hin, dass diese Information keine individuelle Anlageberatung darstellt. Eventuell beschriebene Produkte oder Wertpapiere sind möglicherweise nicht in allen Ländern oder nur bestimmten Anlegerkategorien zum Erwerb verfügbar. Diese Information darf nur im Rahmen des anwendbaren Rechts und insbesondere nicht an Staatsangehörige der USA oder dort wohnhafte Personen verteilt werden. Diese Information wurde weder durch eine unabhängige Wirtschaftsprüfungsgesellschaft noch durch andere unabhängige Experten geprüft. Die zukünftige Wertentwicklung eines Investments unterliegt unter Umständen der Besteuerung, die von der persönlichen Situation des Anlegers abhängig ist und sich zukünftig ändern kann. Renditen von Anlagen in Fremdwährung können aufgrund von Währungsschwankungen steigen oder sinken. Mit dem Kauf, dem Halten, dem Umtausch oder dem Verkauf eines Finanzinstruments sowie der Inanspruchnahme oder Kündigung einer Wertpapierdienstleistung können Kosten entstehen, welche sich auf die erwarteten Erträge auswirken. Bei einem Fondsinvestment werden stets Anteile an einem Investmentfonds erworben, nicht jedoch ein bestimmter Basiswert (z.B. Aktien an einem Unternehmen), der vom jeweiligen Fonds gehalten wird. Die in diesem Dokument enthaltenen Aussagen basieren entweder auf eigenen Quellen des Unternehmens oder auf öffentlich zugänglichen Quellen Dritter und spiegeln den Informationsstand zum Zeitpunkt der Erstellung der unten angegebenen Präsentation wider. Nachträglich eintretende Änderungen können in diesem Dokument nicht berücksichtigt werden. Angaben können sich durch Zeitablauf und/oder infolge gesetzlicher, politischer, wirtschaftlicher oder anderer Änderungen als nicht mehr zutreffend erweisen. Wir übernehmen keine Verpflichtung, auf solche Änderungen hinzuweisen und/oder eine aktualisierte Information zu erstellen. Wichtige Hinweise und Informationen zu Index-, Marktdaten und ESG-Ratings finden Sie unter www.berenberg.de/rechtliche-hinweise/lizenzhinweise/. Wir weisen darauf hin, dass frühere Wertentwicklungen, Simulationen oder Prognosen kein verlässlicher Indikator für die künftige Wertentwicklung sind und dass Depotkosten entstehen können, die die Wertentwicklung mindern. Zur Erklärung verwandter Fachbegriffe steht Ihnen auf www.berenberg.de/glossar ein Online-Glossar zur Verfügung. Das in dieser Unterlage verwendete Bildmaterial dient ausschließlich zu illustrativen Zwecken. Es stellt keinen Bezug zu spezifischen Produkten, Dienstleistungen, Personen oder tatsächlichen Situationen her und ist nicht als Grundlage für Entscheidungen oder Handlungen zu verstehen.

Datum 10.11.2026

Das große Bild



Konjunktur und Wachstum: Die Weltkonjunktur und -inflation hängen weiterhin von der Lage im Nahen Osten ab. Da sowohl US-Präsident Trump als auch der Iran vor den Zwischenwahlen zum US-Kongress am 3. November eine harte Linie eingeschlagen hatten, bleibt die Straße von Hormus vorerst weitgehend geschlossen. Insgesamt ergibt sich für die nächsten sechs Monate daher ein gemischtes Bild. Auf der einen Seite lasten hohe Energiekosten und die gestiegenen Zinsen auf Verbrauchern und Unternehmen. In Europa kommen zunehmende Sorgen um die politische und finanzielle Lage Frankreichs dazu. Auf der anderen Seite stützt die Fiskalpolitik in Deutschland und den USA die Konjunktur. Die US-Investitionen werden derzeit zudem von einem KI-Boom angetrieben, der auch Zulieferern aus dem Ausland zugutekommt. Mittelfristig werden die protektionistische Handelspolitik und die restriktive Einwanderungspolitik aber das US-Trendwachstum verlangsamen. China leidet weiterhin unter Problemen im Immobiliensektor und der schlechten Stimmung der Verbraucher. Nachdem Europa das erste Halbjahr erfreulich gut gemeistert hat, werden die höheren Energiepreise und Sorgen um Frankreich die Konjunktur im Herbst und Winter bremsen. Eine Korrektur der Energiepreise, höhere deutsche Fiskalausgaben und ein Abflauen der französischen Krise können danach die Konjunktur im Laufe des Jahres 2027 beleben bis hin zu einem Mini-Boom im Jahr 2028.



Inflation: Die Konflikte im Nahen Osten halten die Energiepreise hoch. Kurzfristig wird die Inflationsrate auf beiden Seiten des Atlantiks mit weit über 3 % deutlich erhöht bleiben, bis die Straße von Hormus wieder besser passierbar ist. Danach kann die Inflation in Europa bei wieder sinkenden Öl- und Gaspreisen bis Ende 2027 auf etwa 2 % zurückgehen. Mittelfristig werden auf beiden Seiten des Atlantiks strukturelle Gründe wie der Arbeitskräftemangel und Investitionen in Klimaneutralität für etwas mehr Inflationsdruck sorgen. Langfristig kann die Inflation sich bei knapp 2,5 % statt bei 2 % einpendeln.



Geldpolitik: Der Inflationsdruck wird die Federal Reserve (Fed) voraussichtlich veranlassen, ihre Leitzinsspanne im Dezember von derzeit 3,75-4,00 % um weitere 0,25 Prozentpunkte anzuheben. Obwohl es in Europa bisher keine Anzeichen für eine Preis-Lohn-Spirale oder andere Zweitrundeneffekte der hohen Energiepreise gibt, wollen auch die Notenbanken in Europa ihre Geldpolitik straffen. Wir erwarten, dass die Europäische Zentralbank (EZB) ihren Leitzins im Dezember erneut um 25 Basispunkte anheben wird. Langfristig dürfte sich der Einlagensatz der EZB bei 3 % einpendeln. Auch die Bank of England (BoE) wird ihre Geldpolitik vermutlich im November um 0,25 Prozentpunkte straffen.



Zinsen: Die Sorge um eine anziehende Inflationsrate und höhere Notenbankzinsen aufgrund des Irankrieges haben die Renditen von Staatsanleihen deutlich steigen lassen. Dazu kommt ein Risikoaufschlag für Frankreich. Angesichts der hohen Staatsausgaben sowie der strukturell höheren Inflation in Europa und den USA erwarten wir mittelfristig, dass die Renditen hoch bleiben, auch wenn ein Ende des Irankrieges im kommenden Jahr zunächst zu einem Rückgang führen könnte.

Makroökonomischer Blick auf die Welt



Eurozone

Der neue Energiepreisschock und die französische Schwäche werden das Wachstum in Europa im Herbst und Winter dämpfen. Bei wieder rückläufigen Energiepreisen kann die Konjunktur aber nach dem aktuellen Dämpfer im Laufe des Jahres 2027 wieder kräftig anspringen. Für 2028 rechnen wir sogar mit einem Mini-Boom, gestützt auch auf die expansive Fiskalpolitik in Deutschland. Zudem ist der Arbeitsmarkt weitgehend stabil. Unter dem Druck der Märkte wird allerdings Frankreich im kommenden Jahr unabhängig vom Ausgang der Präsidentschaftswahlen seine Fiskalpolitik straffen müssen. Sorgen bereitet auch die zunehmende Konkurrenz aus China.



Deutschland

Der Irankrieg und die hohen Energiepreise werden die deutsche Wirtschaft im Herbst belasten. Das umfangreiche Fiskalpaket kommt zwar zunehmend in der Wirtschaft an, wird derzeit jedoch vom Irankrieg überlagert. Sorgen um Frankreich kommen dazu. Neben den externen Schocks lasten auch diverse strukturelle Probleme auf der deutschen Wirtschaft. Im Juli hatte sich die Bundesregierung auf ein umfassendes Reformpaket verständigt. Sollte sie dies trotz der schlechten Landtagswahlergebnisse in den kommenden Monaten weitgehend umsetzen, wäre dies ein großer Schritt, um Deutschland als Investitionsstandort wieder attraktiver zu machen.



USA

Derzeit profitieren die US-Investitionen von einem KI-Boom. Mittelfristig werden jedoch höhere Einfuhrzölle, Vergeltungsmaßnahmen anderer Länder und eine geringere Zuwanderung unter Trump das Trendwachstum in den USA schwächen. Das Haushaltsdefizit verharrt bei rund 6 % des BIP, während der Schuldenstand weiter rasch ansteigt. Die US-Notenbank befindet sich derzeit in einer schwierigen Lage: Die Inflationsrate notiert seit März 2021 über dem 2-Prozent-Ziel der Fed. Obwohl die Währungshüter die Konjunktur nicht durch höhere Zinsen belasten wollen, dürfte die Fed ihre geldpolitischen Zügel deshalb im Dezember erneut etwas anziehen.



China

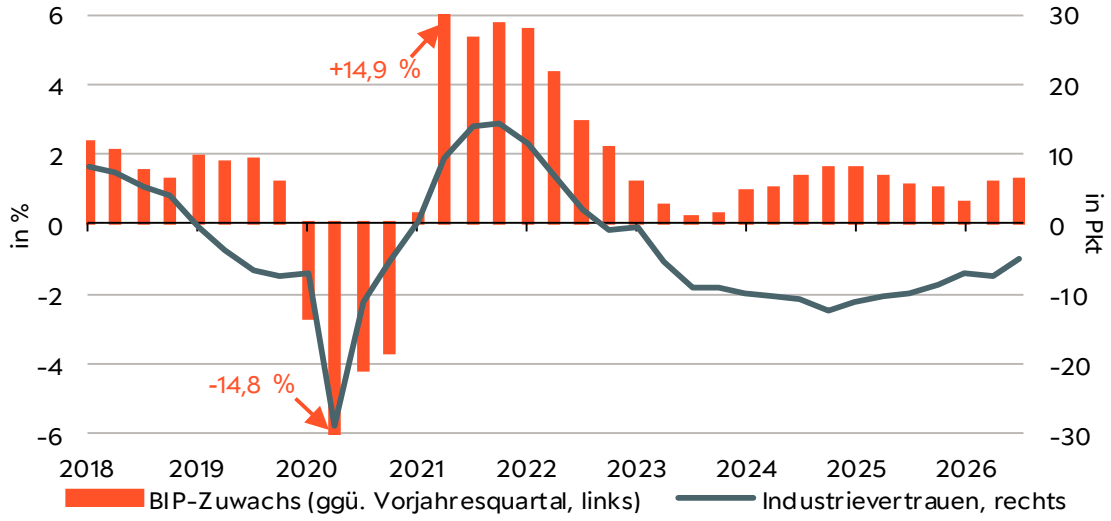
Auch vier Jahre nach dem Platzen der Immobilienblase ist die chinesische Gesellschaft noch immer verunsichert. Dies bremst den privaten Verbrauch ebenso wie die privaten Investitionen. Bei schwacher Binnennachfrage bemüht sich die Regierung ohne großen Erfolg, mit mehr Ausgaben für die Infrastruktur gegenzusteuern. Allerdings gelingt es Peking, sich mit hohen Subventionen und einer unterbewerteten Währung Weltmarktanteile für seine Ausfuhren zu kaufen. Trotz einiger positiver Zeichen ist jedoch ein deutlicher Aufschwung nicht zu erkennen. Auch für die kommenden Jahre rechnen wir mit für China niedrigen Wachstumsraten, die sich Richtung 4 % bewegen.

Eurozone

Moderates Wachstum in der Eurozone

- Die Eurozone ist im dritten Quartal um 0,4 % im Vergleich zum Vorquartal gewachsen. Ohne das volatile Irland, das im Q3 ein Wachstum von 5,5 % verzeichnete, legte die Eurozone um 0,2 % zu. Besonders stark war das Wachstum erneut in Spanien (0,6 %) und in den Niederlanden (0,7 %). Die französische Wirtschaft schrumpfte in Q3 hingegen um 0,1 % im Vergleich zum Vorquartal.
- Die ökonomischen Frühindikatoren deuten darauf hin, dass das Wachstum in der Eurozone im Schlussquartal ähnlich ausfallen könnte. Dies wird jedoch maßgeblich von der weiteren Entwicklung im Irankrieg abhängen. Sollte es zu einem Friedensabkommen kommen und sollten infolgedessen die Energiepreise sinken, würde dies das Wachstum stützen. Eine erneute Eskalation könnte die Konjunktur in der Eurozone hingegen in Richtung Stagnation drücken.

Eurozone BIP-Wachstum und Industrievertrauen

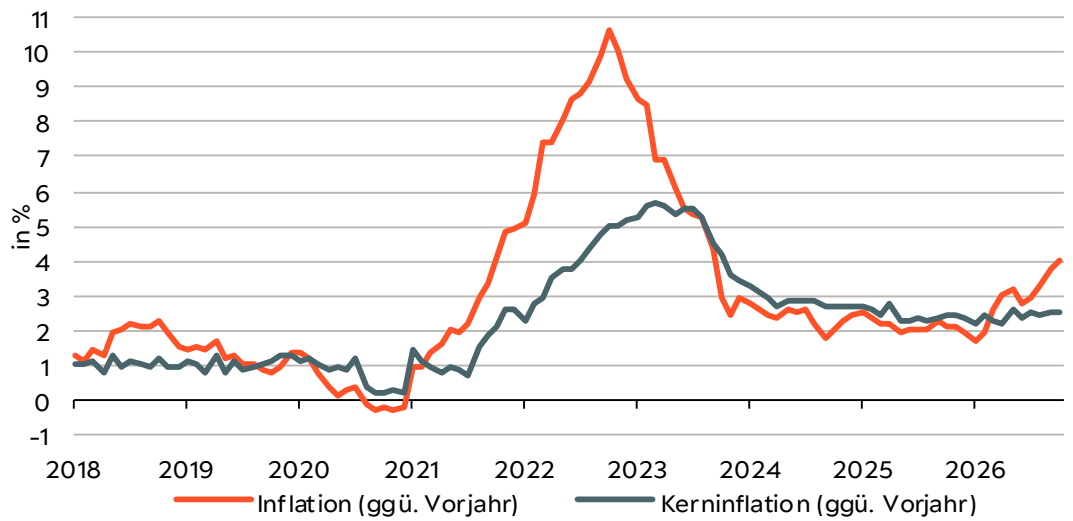


Zeitraum: 01/2018 – 09/2026

EZB wird den Leitzins voraussichtlich noch einmal anheben

- Die Inflation ist in der Eurozone im Oktober erneut angestiegen und liegt im Vorjahresvergleich nun bei 4,0 %. Getrieben wird diese Entwicklung von den Energiepreisen. Die Kerninflation, welche die Entwicklung der Lebensmittel- und Energiepreise ausklammert, verharrte hingegen bei 2,5 %.
- Bei ihrer Sitzung am 29. Oktober hat die Europäische Zentralbank (EZB) den Einlagesatz unverändert bei 2,5 % belassen. Sollten die Energiepreise aber auf dem aktuellen Niveau verharren und den Inflationsdruck weiter erhöhen, wird die EZB bei ihrer nächsten Sitzung am 9. Dezember den Leitzins voraussichtlich erneut um 25 Basispunkte anheben. Bis zum Frühjahr 2027 rechnen wir mit einer Entspannung im Nahostkonflikt und niedrigeren Energiepreisen. Daher erwarten wir keine weiteren Leitzinsanhebungen durch die EZB.

Eurozone Inflation (ggü. Vorjahr)



Zeitraum: 01/2018 – 10/2026

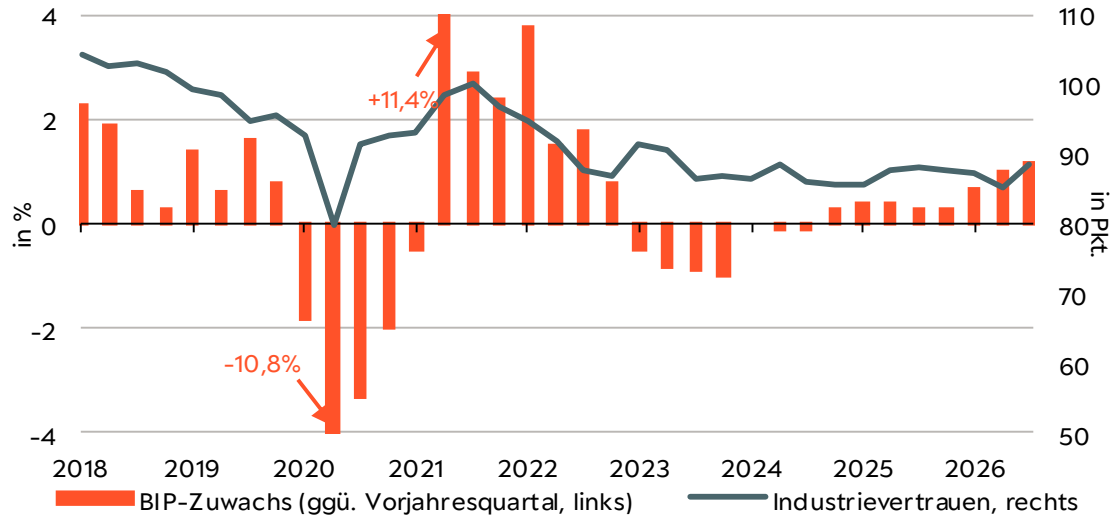
 Quelle: Haver

Deutschland

Staatsausgaben stützen das Wachstum, Energiepreise hemmen

- Trotz der hohen Energiepreise und des Niedrigwassers im Rhein im August konnte die deutsche Wirtschaft im dritten Quartal um 0,2 % zulegen. Im Vergleich zum Vorjahr lag das Wachstum bei soliden 1,2 %. Stützend wirkten neben dem Staatskonsum insbesondere die Ausfuhren. Deutsche Exporteure profitieren vom KI-Boom in den USA sowie davon, dass ihre internationalen Konkurrenten – vor allem in Asien – noch stärker von den hohen Energiepreisen betroffen sind.
- Der umfassende Fiskalimpuls der Regierung kommt zwar zunehmend in der Wirtschaft an, derzeit wird dieser positive Effekt jedoch von den hohen Energiepreisen überlagert. Wir rechnen jedoch für das kommende Jahr mit sinkenden Energiepreisen, sodass die deutsche Wirtschaft dann spätestens ab Sommer 2027 wieder solide wachsen wird.

Deutsches BIP und ifo-Geschäftsklima

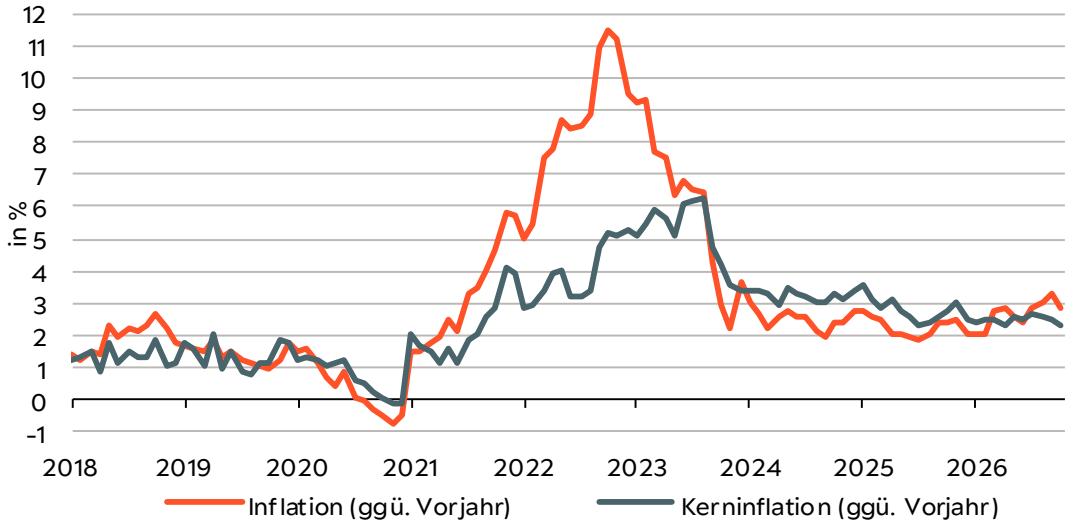


Zeitraum: 01/2018 – 09/2026

Tankrabatt dämpft Inflation

- Aufgrund des Tankrabatts ist die EU-harmonisierte Inflationsrate in Deutschland im Oktober von 3,3 % auf 2,8 % gesunken. Der Tankrabatt gilt noch bis Ende des Jahres und wird die Energiepreisinflation weiter dämpfen. Es besteht jedoch die Gefahr, dass die hohen Energiepreise schrittweise auch andere Güter und Dienstleistungen verteuern werden.
- Nach dem Auslaufen des Tankrabatts könnte die Inflationsrate in Deutschland im Jahr 2027 wieder über die 3-Prozent-Marke steigen. Die weitere Entwicklung wird insbesondere vom weiteren Verlauf des Iran-Krieges und den globalen Energiepreisen abhängen.

Deutschland harmonisierte Inflation (ggü. Vorjahr)



Zeitraum: 01/2018 – 10/2026

 Quelle: Haver

Großbritannien

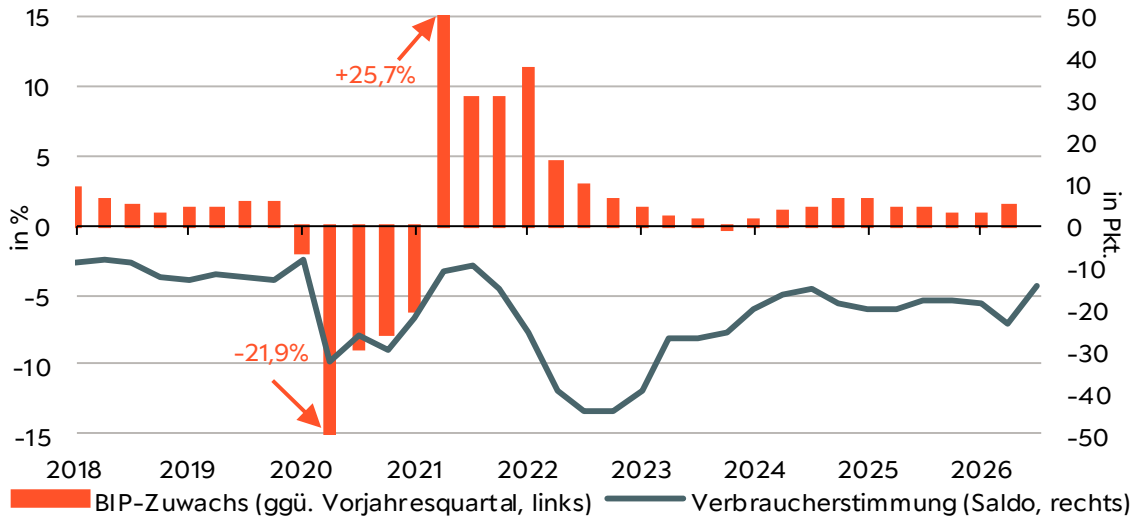
Wirtschaft wird im Winter voraussichtlich an Schwung verlieren

- Das solide Wachstum des britischen BIP um 0,5 % gegenüber dem Vorquartal im zweiten Quartal bestätigt, dass Großbritannien den Anstieg der Energiepreise und Hypothekenzinsen bisher besser überstanden hat als erwartet. Auch für das dritte Quartal ist mit einem sehr soliden Wachstum zu rechnen.
- Der kräftige Anstieg der Investitionen in Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) zeigt, dass der Ausbau der für den Einsatz von künstlicher Intelligenz (KI) erforderlichen Rechenleistung die Unternehmensinvestitionen angekurbelt hat. Das solide Wachstum trotz stagnierender Beschäftigung deutet auf eine zunehmende Produktivität. Allerdings werden die hohen Energiekosten die Konjunktur im Winter vermutlich zeitweilig dämpfen.

BoE strafft Geldpolitik und könnte im Dezember nachlegen

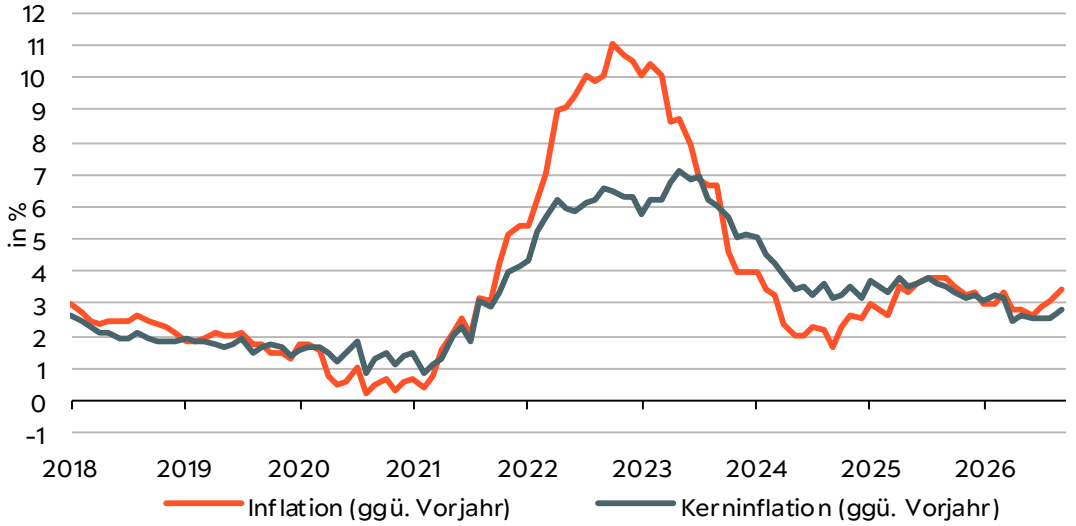
- Bei ihrer Sitzung am 5. November hat die Bank of England (BoE) den Leitzins um 25 Basispunkte auf 4,0 % angehoben. Die britischen Währungshüter erwarten derzeit, dass die Inflation bis zum Frühjahr 2027 auf knapp 5 % ansteigt. Damit droht für die nächste Sitzung am 17. Dezember bereits der nächste Zinsschritt.
- Die jüngsten Einzelhandelsdaten und eine Umfrage unter britischen Finanzvorständen zeigen bereits deutliche Bremsspuren in der Realwirtschaft: Viele Unternehmen können die hohen Kosten nicht mehr an die Verbraucher weitergeben, ohne schmerzhafte Umsatzeinbußen zu erleiden. Dieser einsetzende Nachfrageeinbruch und sinkende Rohstoffpreise könnten die BoE aber doch noch zu einer Kehrtwende und einem vorläufigen Ende des Erhöhungszyklus bewegen.

Großbritannien BIP-Wachstum (ggü. Vorjahr)



Zeitraum: 01/2018 – 09/2026

Großbritannien Inflation (ggü. Vorjahr)



Zeitraum: 01/2018 – 09/2026

 Quelle: Haver

USA

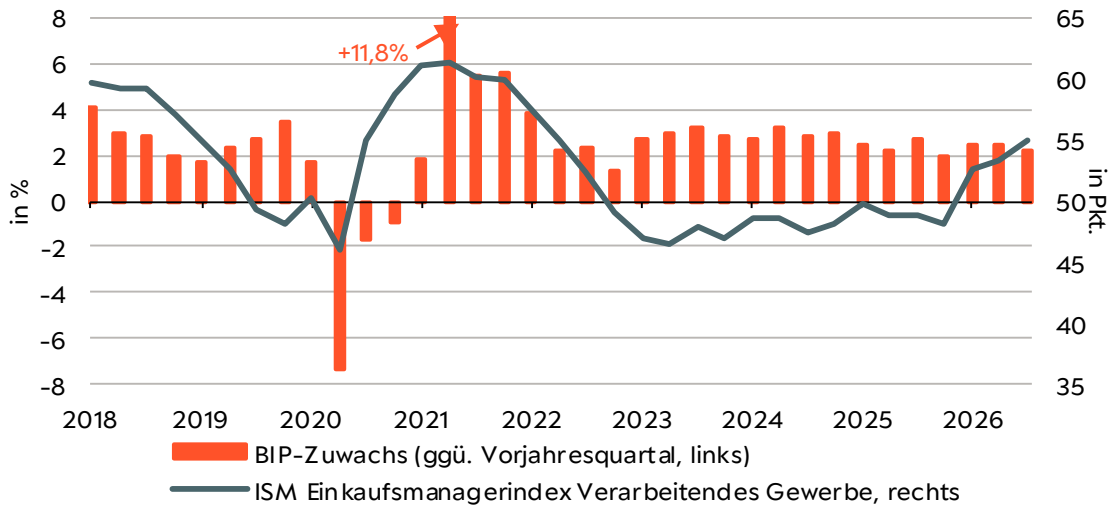
Blaue Welle überrollt Trumps Republikaner

- Die umfangreichen Investitionen im Bereich der künstlichen Intelligenz, die hohen Staatsausgaben und die weiterhin stabilen Konsumausgaben haben die US-Wirtschaft auf das Jahr hochgerechnet im dritten Quartal um solide 3,4 % wachsen lassen.
- Bei den US-Zwischenwahlen konnten die Demokraten die Mehrheit in beiden Kammern des Kongresses erobern. Die politische Blockade im Kongress dürfte größere fiskalische Konjunkturprogramme verhindern. Zusammen mit dem erwarteten verlangsamten Investitionswachstum im Bereich der künstlichen Intelligenz und den dämpfenden Effekten des harten Vorgehens gegen die Einwanderung wird sich das US-BIP-Wachstum in den kommenden Quartalen voraussichtlich verlangsamen.

Fed weiterhin unter Zugzwang

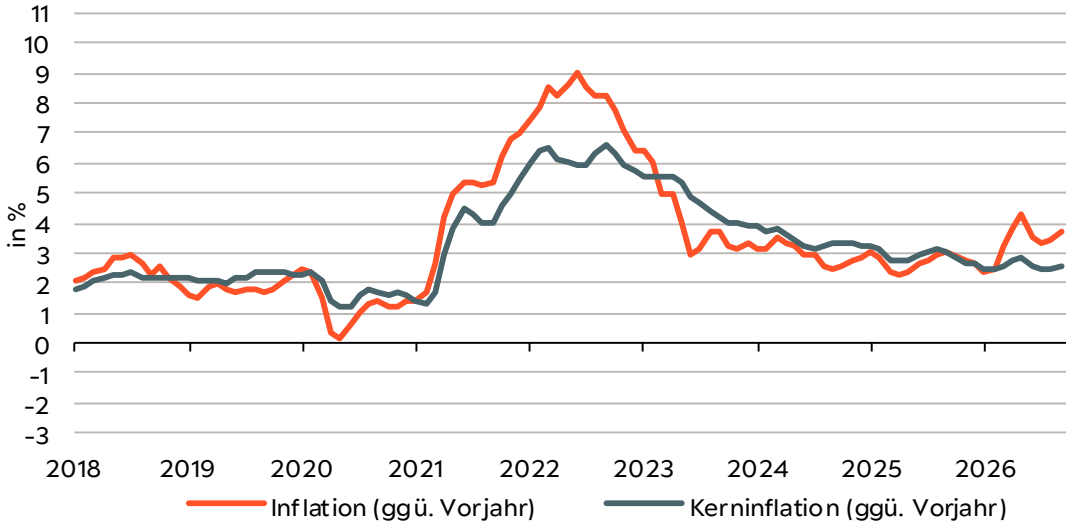
- Während sich der US-Arbeitsmarkt weiterhin sehr robust präsentiert, bereitet die Inflation der US-Notenbank weiterhin Sorgen. Im September stieg die Inflation im Vergleich zum Vorjahr erneut von 3,4 % auf 3,7 %. Die Kerninflation stieg von 2,4 % auf 2,6 %
- Zwar hielt die Fed bei ihrer Sitzung am 28. Oktober die Leitzinsspanne unverändert bei 3,75–4,00 %, im Dezember wird aber voraussichtlich eine Anhebung um 25 Basispunkte erfolgen. Danach wird es maßgeblich von der Entwicklung der Energiepreise abhängen: Die Wahlschlappe erhöht den Druck auf Präsident Trump, einen „Iran-Deal" zu verhandeln. Kommt, es wie von uns erwartet, zu einer Entspannung auf den globalen Energiemärkten, wird die Fed voraussichtlich von weiteren Zinsschritten absehen.

USA BIP-Wachstum und Einkaufsmanagerindex



Zeitraum: 01/2018 – 09/2026

USA Inflation (ggü. Vorjahr)



Zeitraum: 01/2018 – 09/2026

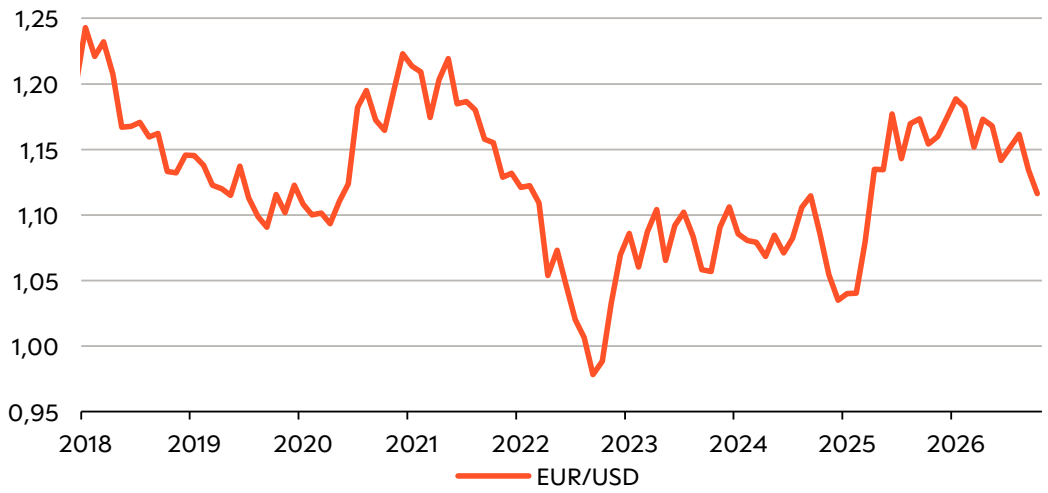
 Quelle: Haver

Marktentwicklung

Krisen stärken den Greenback – zumindest zeitweilig

- Der Dollar konnte zuletzt gegenüber dem Euro wieder deutlich zulegen. Unter anderem ließen die Aussicht auf höhere Leitzinsen der Fed und die Flucht in den sicheren Hafen Dollar in geopolitisch unsicheren Zeiten den Greenback erstarken. Zudem drücken die letztlich wohl übertriebenen Sorgen, dass die französischen Haushaltsprobleme eine neue Euro-Krise auslösen könnten, den Kurs des Euro.
- Sollte sich die Lage im Nahen Osten im kommenden Jahr erwartungsgemäß entspannen, sinken die Inflationsgefahren und damit auch die Aussichten auf höhere Leitzinsen der Fed. Zum Jahresende 2027 rechnen wir daher mit einem Wechselkurs von 1,24 Dollar pro Euro. Ob sich der Euro allerdings vor den französischen Wahlen im April und Mai 2027 erholen kann, ist fraglich geworden. Möglicherweise wird es mehr Druck der Märkte brauchen, um Frankreich zu einer Kurskorrektur zu zwingen.

Wechselkurs EUR/USD

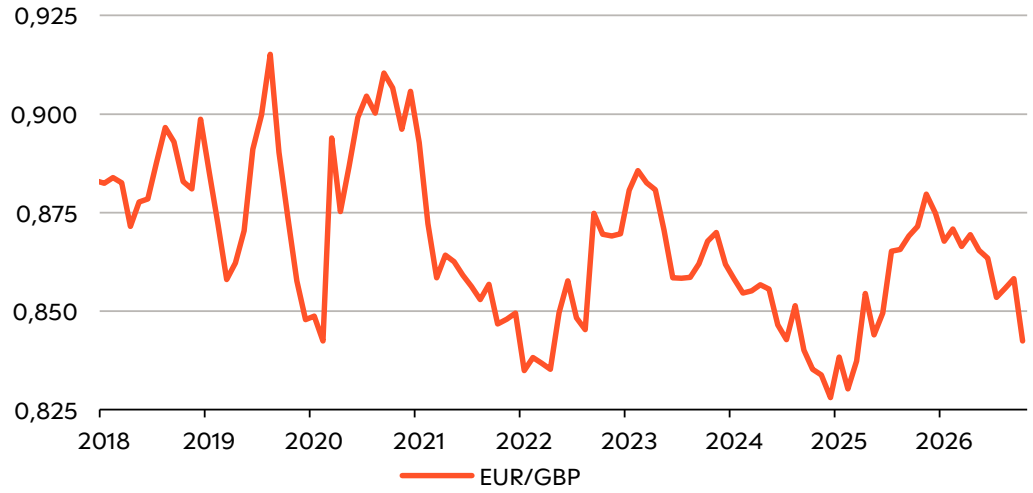


Zeitraum: 01/2018 – 10/2026

Pfund behauptet sich gegen den Euro

- Seit mehr als fünf Jahren schwankt der Wechselkurs des britischen Pfundes in einer engen Spanne um 0,86 Pfund pro Euro. Nach einer Schwächephase Ende 2025/Anfang 2026, die auf die politische Unsicherheit in Großbritannien zurückzuführen war, konnte das Pfund in den letzten Monaten deutlich zulegen. Dem neuen Premierminister Andy Burnham ist es gelungen, den Zulauf für die Rechtspopulisten um Nigel Farage einzudämmen. Zudem bemüht sich die Regierung, ihr Haushaltsdefizit einzudämmen.
- Die zunehmenden Sorgen um Frankreich haben den Euro zuletzt auch gegenüber dem britischen Pfund belastet. Unter dem Druck der Märkte wird Paris letztlich seine Haushaltsdefizite eindämmen müssen. Sollte es Paris gelingen, eine große Krise zu vermeiden, dürfte das den Euro auch gegenüber dem Pfund 2027 wieder stärken.

Wechselkurs EUR/GBP



Zeitraum: 01/2018 – 10/2026

 Quelle: Haver

Kapitalmarktprognosen

			Aktuell	Prognose	
			09.11.2026	31.12.2026	30.06.2027
Aktienmärkte	USA	**Top 500 US-Aktien***	2.720	2.887	2.978
	Europa	**DAX**	26.267	26.000	27.000
		EURO STOXX 50	6.290	6.500	6.700
		MSCI Großbritannien	3.043	3.100	3.200
Rentenmärkte	USA	**Fed Funds**	3,75-4,00	4,00-4,25	4,00-4,25
		10 Jahre	4,86	5,00	5,05
	Euroland	**Einlagesatz**	2,50	2,75	2,75
		10 Jahre**	3,26	3,40	3,40
	Großbritannien	**Bank Rate**	3,75	4,00	4,00
		10 Jahre	5,14	5,20	5,00
Währungen	USA	**EUR/USD**	1,12	1,14	1,19
	Schweiz	**EUR/CHF**	0,92	0,94	0,94
	Großbritannien	**EUR/GBP**	0,84	0,85	0,87
	Japan	**EUR/JPY**	177	177	182

*Bloomberg 500 Index, **Bundesanleihen

Wirtschaftliches Umfeld

	Anteil	BIP				Inflation				Arbeitslosenquote				Saldo Staatshaushalt			
		2025	2026	2027	2028	2025	2026	2027	2028	2025	2026	2027	2028	2025	2026	2027	2028
Welt*	**100,0**	**2,6**	**2,6**	**2,5**	**2,4**												
USA	26,4	2,3	2,3	2,0	1,5	2,7	3,4	2,5	2,6	4,3	4,2	4,1	4,0	-5,8	-6,3	-6,5	-6,5
China	16,9	5,0	4,6	4,6	4,2	0,1	1,0	1,2	1,4	5,1	5,2	5,0	5,0	-7,9	-8,2	-8,4	-8,2
Japan	3,6	1,2	0,9	0,9	1,0	3,2	1,8	2,1	1,7	2,5	2,5	2,4	2,4	-1,4	-2,3	-2,6	-2,6
Indien	3,5	6,5	6,5	6,3	6,3									-4,4	-4,3	-4,2	-4,1
Lateinamerika	6,1	2,5	2,4	2,3	2,3									-4,0	-3,8	-3,6	-3,3
Europa	**24,5**	**1,3**	**1,3**	**1,3**	**1,7**												
Eurozone**	14,8	**1,0**	**1,1**	**1,1**	**1,7**	**2,1**	**3,1**	**2,7**	**2,0**	**6,3**	**6,4**	**6,2**	**6,0**	**-3,0**	**-3,6**	**-3,6**	**-3,2**
Deutschland	4,2	0,3	1,0	0,9	1,6	2,3	2,7	2,4	1,9	3,7	4,0	4,0	3,7	-3,0	-3,8	-3,9	-3,8
Frankreich	2,8	0,9	0,3	0,6	1,3	0,9	2,5	2,4	2,0	7,7	8,3	8,6	8,5	-5,1	-5,5	-5,6	-4,9
Italien	2,1	0,7	0,8	0,6	1,0	1,6	3,3	3,2	2,0	6,0	5,9	6,3	6,2	-3,1	-3,1	-2,7	-2,5
Spanien	1,6	2,6	2,6	2,3	2,5	2,7	3,9	3,0	2,2	10,5	10,3	10,1	9,7	-2,4	-2,5	-2,5	-2,2
Portugal	0,3	1,9	2,3	1,8	2,4	2,2	3,2	2,5	2,0	6,0	5,7	5,5	5,4	0,7	-0,2	-0,3	-0,7
Anderes Westeuropa																	
Großbritannien	3,3	1,2	1,5	1,5	1,8	3,4	3,1	3,2	2,0	4,9	4,9	5,1	4,7	-5,0	-3,9	-3,3	-2,9
Schweiz	0,8	1,4	1,1	1,2	1,6	0,2	0,7	1,0	0,9	2,8	3,1	3,0	2,9	0,5	0,2	0,2	0,3
Schweden	0,5	1,7	2,0	2,0	2,2	0,7	0,9	2,2	2,0	8,9	8,5	7,8	7,6	-1,3	-2,5	-2,1	-2,0
Osteuropa																	
Russland	2,0	1,0	0,6	0,7	0,8	8,7	7,0	6,5	5,0	2,2	2,3	2,4	2,6	-2,6	-3,0	-3,0	-2,8
Türkei	1,2	3,6	3,0	2,8	2,7	35,2	32,0	24,0	19,0	8,4	8,5	8,5	8,5	-2,9	-3,7	-3,5	-3,5

Quelle: Arbeitslosigkeit: ILO/Eurostat Definition; Saldo Staatshaushalt in % des BIP

*Zu tatsächlichen Wechselkursen nicht Kaufkraftparität KKP würde den schnell wachsenden Schwellenländern mehr Gewicht beimessen. Anteile nach BIP-Zahlen des IWF World Economic Outlook 2025

** Ohne das volatile Irland lag das BIP-Wachstum in der Eurozone 2025 bei 1,5% für 2025 und wird 2026 voraussichtlich 1,0% betragen.



BERENBERG